

**Vierteiljährlicher Abonnementspreis**  
in Breslau 2 Thaler, außerhalb incl. Porto  
2 Thaler 11 1/2 Sgr. Insertionsgebühren für den  
Raum einer fünfzeiligen Zeile in Petitset  
1 1/4 Sgr.

# Breslauer



# Zeitung.

**Expedition: Herrenstraße 20.**  
Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten  
Bestellungen auf die Zeitung, welche an fünf  
Tagen zweimal, Sonntag und Montag einmal  
erscheint.

**No. 536. Mittag-Ausgabe.**

**Verlag von Eduard Trewendt.**

**Mittwoch den 16. November 1859.**

## Telegraphische Nachricht.

**Hamburg, 15. November.** Bei den gestern stattgefundenen Wahlen zur Bürgerchaft sind durchgehends die Kandidaten der liberalen Partei gewählt worden. Die Kandidaten der Konservativen und des Junft-Comité's blieben in der Minorität.

## Preußen.

**Berlin, 15. November.** [Amtliches.] Se. königl. Hoheit der Prinz von Preußen, Regent, sind nach Kehlungen abgereist.

Se. königliche Hoheit der Prinz-Regent haben, im Namen Seiner Majestät des Königs, geruht: Sr. königlichen Hoheit dem Prinzen von Dranien, Kronprinzen der Niederlande, den schwarzen Adler-Orden zu verleihen.

Se. königliche Hoheit der Prinz-Regent haben, im Namen Seiner Majestät des Königs, allergnädigst geruht: Dem Kreisgerichts-Direktor Bagebes zu Coesfeld und dem Registratur-Rath Werdt zu Stettin den rothen Adlerorden dritter Klasse mit der Schleife, dem Seconde-Lieutenant und Zahlmeister a. D. Derz zu Mohrungen des rothen Adlerorden vierter Klasse, so wie dem Kasernenwärter Troschke zu Münster das allgemeine Ehrenzeichen, und dem Seconde-Lieutenant v. Schachtmeier im 34. Infanterie-Regiment (2. Reserve-Regiment) die Rettungs-Medaille am Bande zu verleihen.

Se. königliche Hoheit der Prinz Friedrich Karl von Preußen, Se. königliche Hoheit der Prinz von Dranien und Se. königliche Hoheit der Prinz August von Württemberg, General der Kavallerie und kommandirender General des Garde-Corps, sind nach Kehlungen abgereist.

Der Rechtsanwalt und Notar Hacker zu Graudenz ist als Rechtsanwalt an das Appellationsgericht zu Insterburg unter Anweisung seines Wohnsitzes daselbst, so wie unter widerruflicher Einräumung der Praxis bei dem dortigen Kreisgerichte und unter Verleihung des Notariats für das Departement des gedachten Obergerichts versetzt worden.

Der bisherige Kreisrichter Gromadzinski zu Schroda ist zum Rechtsanwalt bei dem Kreisgerichte zu Graeß und zugleich zum Notar im Departement des Appellationsgerichts zu Posen, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Graeß, ernannt worden.

Der Obergerichts-Assessor Herzfeld zu Berlin ist zum Rechtsanwalt bei dem Appellationsgerichte zu Insterburg und zugleich zum Notar im Departement desselben, mit Anweisung seines Wohnsitzes daselbst und unter widerruflicher Einräumung der Praxis bei dem dortigen Kreisgerichte ernannt worden.

Der bisherige Privat-Dozent der Rechte Dr. Hugo Böhlau in Halle ist zum außerordentlichen Professor in der juristischen Fakultät der königlichen Universität daselbst ernannt; an der Realschule zu Aschersleben dem Oberlehrer Heyse das Prädikat „Professor“; so wie den ordentlichen Lehrern Lindenblatt und Ties an dem Gymnasium zu Braunsberg das Prädikat „Oberlehrer“ beilegt; desgleichen dem Gesanglehrer an der Realschule zu Perleberg, Kantor Heinrich Friedrich Otto Christian Müller, das Prädikat „Musikdirektor“ verliehen worden. (St.-A.)

**Berlin, 14. November.** [Ueber die Abstimmung über die kurhessische Angelegenheit in der letzten Bundestags-Sitzung] erzählt man folgendes Genauere: Oesterreich erklärte sich mit der Arbeit des Ausschusses zufrieden, da aber die Konzeptionen der kurhessischen Regierung darüber hinausgingen, befuhrte es die Zurückweisung an den Ausschuss. Meinungen und Altenburg stimmten wie Oesterreich. Baiern, ohne Instruktionen, schloß sich Sachsen an, welches die möglichste Erhaltung der bundesmäßigen Bestimmungen der Verfassung von 1831 befürwortete. Mecklenburg erklärte sich principiell für den Ausschuss-Antrag, ließ sich aber die Zurückweisung an den Ausschuss gefallen. Mehrere Regierungen, zum Theil auch Baden, adoptirten die österreichischen Motive. Die vier freien Städte stimmten ganz wie Preußen, eben so Oldenburg, während Weimar und Gotha sich für einfache Aufhebung der Verfassung von 1852 mit allen aus derselben resultirenden Gesetzen und für Einführung der Verfassung von 1831 mit einigen Abänderungen aussprachen.

**Berlin, 14. Novbr.** Frankreich beantwortete Sardiniens zweite vertrauliche Anfrage wegen der provisorischen Diktatur, vorbehaltlich europäischer Zustimmung, ebenfalls ablehnend. Sardinien beschloß, die lombardisch-sardinischen Kammern vor dem Zusammentritt des Kongresses einzuberufen.

Dem „Journal des Debats“ zufolge haben Rußland und Preußen bei der Zusammenkunft in Breslau eine gemeinsame Politik vereinbart, welche sich nicht auf die schwebenden Fragen beschränke, sondern sich auf ihr gesamtes Auftreten beziehe. (S.-A.)

[Der neue Lotterie-Plan] für die 121. preussische Klassen-Lotterie weicht in sehr wesentlichen Punkten von dem bisherigen Plane ab. Die Lose selber sind danach etwas theurer geworden, insofern um 53 Thlr. 10 Sgr. in Courant (incl. der Collecturgebühr) für das einzelne Loos bezahlt werden muß. Dafür sind aber auch die niedrigen Gewinne gefallen. Gleichzeit mit diesen Veränderungen des Planes, von denen das Publikum berührt wird, sind von der General-Lotterie-Direction auch die Vertrags-Verhältnisse mit den Lotterie-Collecteuren in wichtigen Punkten geändert worden. Im Wesentlichen kommen diese letzterwähnten Änderungen darauf hinaus, daß die Collecteure in der Folge einen geringeren Prozentsatz von dem Gewinne erhalten als bisher.

**Potsdam, 13. November.** [Das Befinden Sr. Majestät des Königs.] Während der letzterwähnten Woche unternahm Se. Majestät der König täglich wiederum größere Ausflüge in die weitere Umgegend nach den Dörfern Barnim, Fahrland und Drevitz, nach dem Städtchen Saarmund und nach andern Orten und wird heut mit

Ihrer Majestät der Königin nach dem bairischen Hause im Wildpark fahren. Als Zeichen der fortschreitenden Reconvalescenz darf angesehen werden, daß die Leibärzte Se. Majestät auf jenen Ausflügen nicht mehr im königlichen Wagen, sondern in einer besondern Equipage begleiten. Im königlichen Wagen ist nur, wie früher, der dienstthuende Flügel-Adjutant in der unmittelbaren Nähe des Königs, außerdem einer der Herren des Hofes, öfter der Ober-Hofmarschall Graf von Keller, der General von Gerlach oder der Ober-Präsident a. D. v. Kleist-Regow.

**Stettin, 15. November.** [Die Strandung des Nagler.] Wie uns die königl. Oberpostdirektion mittheilt, ist ein Taucher-Kutter aus Kopenhagen nach der Strandungsstelle des „Nagler“ abgegangen, um die Post-Gelassen aufzusuchen und Bericht über die Möglichkeit weiterer Bergung der Ladung abzugeben.

Zur Ersatzwahl eines Abgeordneten an Stelle des Regierungs-Präsidenten Naumann in Köslin, welcher das Mandat niedergelegt hat, ist im dritten Kösliner Wahlbezirk, bestehend aus den Kreisen Neustettin, Belgard, Schivelbein, Dramburg und einem Theil des Kreises Fürstenthum, ein Termin auf den 9. Dezember d. J. anberaumt, das Louisenbad bei Polzin zum Wahlort bestimmt, und der Landrath Freiherr v. d. Reck in Belgard zum Wahl-Kommissarius ernannt. (Off. Z.)

## Deutschland.

**Kurhessen, 8. November.** [Noch eine Denkschrift.] Die „Südd. Ztg.“ schreibt: Es existirt eine dritte Denkschrift über unsere Verfassungsfrage, die von mehreren Mittelstaats-Regierungen ausgeht und sich die Aufgabe gestellt hat, die Verfassung von 1831 als das Produkt der Julirevolution und der Volkssouveränitäts-Theorie, als ein Attentat auf das monarchische Prinzip darzustellen. Sie habe die revolutionären Ereignisse (?) in Kurhessen herbeigeführt und habe darum vom Bunde aufgehoben werden müssen. Es sei rechtlich unmöglich, unpraktisch und unpolitisch, zur Verfassung von 1831 zurückzufahren. Ohnehin sei, besonders nach den neuen Konzeptionen der Regierung, ihr ganzer Inhalt mit Ausnahme der bundeswidrigen Bestimmungen in die Verfassung von 1852 übergegangen. Man dürfe einer Umsturzpartei, die, es auf Beseitigung der Bundesverfassung absehe, die kurhessische Verfassungsfrage nur als bequemes Agitations-Mittel gebrauche, keinen Vorstoß leisten, und sei daher entschlossen, nicht die Hand zur Wiederherstellung der alten Verfassung zu bieten.

Die österreichische Denkschrift ist in unsern verfassungsfreundlichen Kreisen und vielleicht gerade in diesen allein mit Befriedigung aufgenommen worden, da die Hauptsache darin, die Begründung des österreichischen Votums, entschieden verunglückt ist. Das Hauptargument, welches sie für die Beibehaltung der Verfassung von 1852 anführt, besteht nämlich darin, daß der ihr zu Grunde liegende Bundesbeschluß im Verhältnisse zwischen der Bundesversammlung und der kurhessischen Regierung formales Recht geworden, von welchem daher ohne Zustimmung der letztern nicht abgegangen werden könne. Allein zur Begründung eines „formalen Rechts“ in der Verfassungsfrage gehört offenbar auch das kurhessische Volk, resp. seine verfassungsmäßigen Vertreter. Diese haben aber die auf Befehl des Bundes verkündete Verfassung von 1852 nicht angenommen, sondern selbst die nach dem Hassenpflug'schen Wahlgesetze gewählte zweite Kammer hat sich neuerdings für die Rechts-Befähigung der Verfassung von 1831 erklärt.

Der „Süddeutschen Ztg.“ wird über denselben Punkt geschrieben: Die österreichische Denkschrift meint zwar, „das Land“ habe die neue Verfassung „angenommen, die Wahlkörperchaften hätten gewählt, die Stände das Prinzip dieser Verfassung und ihre eigene Legitimation nicht angefochten“; es liege ein „unter freier Mitwirkung des Landes“ geschlossener Verfassungszustand vor. Aber wem klingt dies alles nicht wie bitterer Hohn? Nicht das „Land“ ist befragt, nicht die verfassungsmäßigen Stände sind gehört worden, sondern man hat unter den Eindrücken der „Bequartierungen“ und des fortwährenden Kriegszustandes ganz willkürlich ersonnene „Stände“ wählen und zusammentreten lassen, und als diese Stände nicht etwa schwiegen, nicht anerkannten, nein, als sie im Sommer 1852 zu wiederholtenmalen die Kompetenzfrage aufwarfen und Wiene machten, sich für unzuständig zu erklären, da ward ihnen eine erneute Bundesreferent in Aussicht gestellt und mit neuen Wahlen auf ihre Kosten gedroht! In dieser Weise zeigte sich die „freie Mitwirkung des Landes“; so sollen die verfassungswidrigen Stände durch Anerkennung ein neues Verfassungsrecht begründet haben! Sage man doch lieber rund heraus: wir dürfen das Produkt unserer Politik von 1852 nicht verleugnen, weil wir entschlossen sind, im Geiste der nämlichen Politik auch künftig zu handeln.

**Kassel, 9. Novbr.** [Der Löbelsche Antrag.] Der von dem Abgeordneten Löbel in der gestrigen vertraulichen Sitzung der zweiten Kammer gestellte Antrag, eine Eingabe an die Bundes-Versammlung zu richten, ist von demselben, wie folgt, begründet:

Hohes zweite Kammer! Die hohe Kammer hat in pflichtmäßiger Wahrung der Interessen des Landes und von ihrem bezeugten Petitionsrechte Gebrauch machend, unter dem 5. d. M. die Bitte an den allerburchlauchtigsten Landesfürsten gerichtet, die Verfassung vom 5. Januar 1852, insofern sie die Verfassung vom 5. Januar 1831 nicht enthält, durch eine Deputation anzunehmen, was wir gewiß alle sehr beauern; es bleibt nun nichts übrig, als uns an die hohe Bundes-Versammlung selbst zu wenden, auf deren Beschläßen das bisherige Verfahren fußt, und dieselbe darum anzufragen, daß der bisherige Weg verlassen und die Verfassung von 1831 nebst den dazu gehörigen verfassungsmäßigen Gesetzen wieder in Wirksamkeit gesetzt werde, versteht sich von selbst, daß dabei die etwa nöthigen Änderungen nach Maßgabe der Bundesgesetze vorbehalten bleiben, und ich erlaube mir daher, den selbst ständigen Antrag zu stellen, hohe Kammer wolle beschließen:

daß die unter dem 5. d. M. von hoher Kammer beschlossene Adresse der hohen Bundes-Versammlung mit der Bitte überreicht werde, dieselbe wolle dahin Verfügung treffen, daß die Verfassungs-Urkunde vom 5. Januar 1831 nebst den dazu gehörigen Gesetzen, vorbehaltlich der demnächstigen Änderung, auf verfassungsmäßigem Wege wieder in Wirksamkeit gesetzt werde.

Begründung des selbstständigen Antrages: Nach Artikel 56 der wien. Schlusakte können in anerkannter Wirksamkeit stehende Verfassungen nur auf verfassungsmäßigem Wege abgeändert werden. Die kur-

hessische Verfassung vom 5. Januar 1831 konnte daher nicht anders geändert oder aufgehoben werden, als auf dem im § 153 vorgeschriebenen Wege. Der Bundesbeschluß vom 27. März 1852, beziehungsweise die Verordnung vom 13. April 1852, haben nun die erwähnte Verfassung beseitigt, ohne jenen Weg eingeschlagen zu haben; es ist daher rechtlich unmöglich, eine definitive Aufhebung der Verfassung zu finden. Man hat aber auch eine solche Aufhebung nicht beabsichtigt, wie der Inhalt des erwähnten Bundesbeschlusses klar ergibt; es ist darin nur gesagt, daß die Verfassung außer Wirksamkeit zu setzen sei, indem der Versuch gemacht werden solle, zwischen der Regierung und den neu eingeführten Ständen eine Vereinigung über eine revidirte Verfassung zu Stande zu bringen. Eine solche Vereinigung hat aber nun bekanntlich trotz langjähriger Verhandlungen nicht erzielt werden können, und die hohe Bundesversammlung ist in der Lage, wieder über die Verfassungs-Angelegenheit zur Herbeiführung einer befriedigenden Erledigung derselben beschließen zu müssen und somit von dem ausdrücklichen Vorbehalt in Nr. 6 des Beschlusses von 1852 Gebrauch zu machen. Wir haben uns längst davon überzeugt, daß eine wirklich befriedigende Erledigung auf dem bisherigen Wege nicht erreicht werden kann, sondern daß vielmehr auf den Rechtsboden von 1831 zurückgekehrt werden müsse.

## Oesterreich.

**Wien, 15. November.** [Gegen falsche Gerüchte] bringt die „W. Z.“ folgende Warnung: Mit fast methodischer Hartnäckigkeit bringt die in- und ausländische Tagespresse in jüngster Zeit gewisse Artikel, die kategorisch bestimmt von Rücktritten, Ernennungen und Verwechselungen hoher Persönlichkeiten der Armee sprechen, ohne daß diese unberufenen Kundgebungen sich über das Niveau mäßiger Erfindungen halten könnten.

Es vermögen solche ganz ungegründete hämische Ausstreunungen, wobei ein amtliches Einsprechen oder eine offizielle Widerlegung überflüssig, weber durch Lohndelerei dem militärischen Verdienste zur Folie zu dienen, noch anerkannt ausgezeichnete Charaktere zu verunglimpfen, und dürfen überdies keinen Glauben in der Armee erwecken.

**w. Remberg, 11. November.** [Berathung der Gemeindeordnung. — Schillerfeier. — Denkschrift über die Stellung der Juden.] Die erste Sitzung der zur Berathung einer Gemeindeordnung für die galizischen niedergesetzten Kommission von Vertrauensmännern nach gestern im Sitzungssaale der hiesigen Stathalterei unter dem Vorsitze des k. k. Hofraths Hof statt. Die Verhandlungen dieser Kommission, so sehr sich auch das Land für den Gegenstand derselben interessirt, sollen dennoch, wie man vernimmt, von Amts wegen nicht veröffentlicht werden. So viel verlautet, wurde in der ersten Sitzung der Vertrauensmänner die wichtige Frage erörtert, ob der ehemals herrschaftliche Grundbesitz den Ortsgemeinden einzuverleihen sei, oder eine Sonderstellung, wie solche gegenwärtig thatsächlich besteht, einzunehmen habe. Mit Ausnahme zweier Vertrauensmänner, welche den Antrag stellten, daß der Erörterung dieser Frage die Berathung über den Gesetzentwurf selbst vorgehe, einigte sich die Kommission dahin, daß es dem freien Willen der vormals herrschaftlichen Grundbesitzer anbeimgestellt bleiben solle, in den Verband der Ortsgemeinde einzutreten, oder außerhalb derselben einen eigenen Gemeindekomplex zu bilden; daß jedoch jene vormals herrschaftlichen Grundbesitzer, welche einmal in den Verband der Ortsgemeinde eingetreten sind, nicht berechtigt sein sollen, aus demselben auszutreten. So sehr auch im Interesse einer geordneten Entwicklung des Gemeindelebens dieser Provinz ein allgemeiner Beitritt der vormals herrschaftlichen Grundbesitzer in den Verband der Ortsgemeinden zu wünschen wäre, so erscheint doch der obige Beschluß der Kommission durch die eigenthümlichen Verhältnisse dieses Landes gerechtfertigt. Die geringe Kulturstufe der galizischen Landbevölkerung, das noch nicht erloschene Mißtrauen des Landvolks gegen den ehemaligen Gutsbesitzer, die verschiedenen bisher noch nicht ausgetragenen aus der Zeit des Unterthanenverbandes herrührenden Streitigkeiten zwischen den Bauern und den vormals herrschaftlichen Grundbesitzern, endlich die noch im Zuge befindliche Ablösung der Servituten hier zu Lande — alle diese Umstände würden, wenn die Einzelverleibung der vormals gutherrlichen Gebiete in die betreffenden Ortsgemeinden jetzt schon als allgemein gültiger Grundfatz aufgestellt wäre, in den meisten Fällen das Uebel noch verschlimmern. Es bleibt nur zu wünschen übrig, daß die neue Gemeindeorganisirung nach Thunlichkeit die Beseitigung der bestehenden Uebelstände anstrebe, und den nachträglichen Beitritt der vormals herrschaftlichen Grundbesitzer in den Verband der Ortsgemeinden anbahne und erleichtere. Vor Allem jedoch wäre der verderbliche Einfluß der Bureautrategie auf das Landvolk zu beseitigen, und hätte die Regierung ihr Augenmerk vornehmlich auf die Volksbildung zu richten. — Der hundertjährige Geburtstag Schillers ist in Remberg geräuschlos vorübergegangen. Die Schillerfeier beschränkte sich auf die Aufführung von „Maria Stuart“ im polnischen und des „Don Carlos“ im deutschen Theater. Bei beiden Vorstellungen war das Haus überfüllt. Die deutsche Vorstellung zeichnete sich durch einen eigenen Festprolog und Beleuchtung des äußeren Schauplatzes aus. — Die Denkschrift des Dr. Jacques über die Stellung der Juden in Oesterreich hat auch hier nicht nur in israelitischen, sondern auch in gebildeten christlichen Kreisen viel und verbieten Anklang gefunden. Nur die Hervorhebung der angeblich befondern Verdienste der galizischen Juden um dieses Kronland, namentlich daß sie im Jahre 1846 vielen Geknechten das Leben gerettet, und im Jahre 1848 als gesinnungsgünstige Anhänger der österreichischen Regierung den Ausschreitungen der polnischen Nationalität einen wirksamen Damm entgegengestellt haben, hätte füglich weggelassen werden können.

## Italien.

**Bologna, 10. Nov.** [Farini's Proklamation.] Nach telegraphischen Depeschen der „Independence“ ist der Diktator Farini am 9. November in Bologna feierlich eingezogen. Die Minister haben ihre Entlassung eingereicht, Farini hat sie aber nicht angenommen.

Die schon in telegraphischer Analyse erwähnte Proklamation des Diktators Farini an die Romagnolen lautet wörtlich:

„Mitbürger! Mit vollem Vertrauen in Eure Zuneigung übernehme ich die zeitweilige Gewalt, welche die Vertreter des Volks mir übertragen haben. Die Gewißheit, daß kein Zwiespalt zwischen meinem Gewissen und dem Euerigen bestehen könne, da wir gemeinschaftliche Absichten, gemeinschaftliche Zwecke haben, löst mir Muth ein, und so wird auch unsere Ausdauer eine gemeinschaftliche sein und, wenn es noth thut, auch die Kühnheit. Das Vertrauen in unser Recht und in die Erfüllung von Italiens Geschiden füllt meine Seele zu jeder Prüfung. Der beste Theil meines Ansehens beruht auf Euch selbst, meine Mitbürger, und in der Meinung, die Ihr als ehrliche Männer und als Patrioten hegt: daß ich mit ganzer Seele komme, um Euch nach Kräften zu helfen, die Schwierigkeiten und Gefahren zu besiegen. Vergebens umhüllen unsere Feinde uns in ein Ge-



1870